

## Niederschrift

über die 16. Sitzung des Sozialausschusses am 19.09.2017  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2</b> <b>Vorstellung des Projektes "Glasvögel" - In der Sitzung wird berichtet</b> .....	4
<b>3</b> <b>Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0189/2017</b> .....	5
<b>4</b> <b>Weiterentwicklung der Integration - Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen Vorlage: FB2/0190/2017</b> .....	6
<b>5</b> <b>Die Pflegestärkungsgesetze - Neuregelung in der Hilfe zur Pflege Vorlage: FB2/0188/2017</b> .....	8
<b>6</b> <b>Anträge</b> .....	8
<b>7</b> <b>Anfragen</b> .....	8
<b>8</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>9</b> <b>Termin der nächsten Sitzung: 30. November 2017</b> .....	8
<b>10</b> <b>Verschiedenes</b> .....	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:08 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünsele

**Stellv. beratendes Mitglied**

Frau Ute Hoffmann stellv. Behindertenbeauftragte Vertretung für Herrn Dr. Lothar Chaillié

**Beratende Mitglieder**

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

**Gäste**

Herr Hans-Jürgen Barbarino Stadtjugendring

**Schriftführerin**

Frau Beatrix Dreyer

Fachbereich 2

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns

Herr Peter Vossen

Ratsmitglied

Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Lothar Chaillié

Herr Wilfried Pahlke

Behindertenbeauftragter

Wohlfahrtsverbände

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung dieses Ausschusses fest. Auf Bitten des Ersten Beigeordneten Herrn Maatz lässt der Vorsitzende über den Tausch der TOPs 3 und 4 abstimmen. Der Beschluss ist einstimmig. Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

### 2 Vorstellung des Projektes "Glasvögel" - In der Sitzung wird berichtet

Herr Barbarino, Leiter des Jugendzentrums „Oase“ in Meerbusch-Büderich, ist Gast des Sozialausschusses und stellt das Projekt „Glasvögel“ vor. Dazu verteilt er ein Informationsblatt an die Ausschussmitglieder.

Herr Barbarino bedankt sich für die Einladung und führt aus, dass die Idee zu diesem Projekt aus dem Jahr 2016 stamme. Er wollte eine Aktion ins Leben rufen, in denen Kinder und Jugendliche, mit und ohne Migration, etwas Gemeinsames schaffen und so einen Zugang zueinander finden sollten. Bald entstand die Idee, einen Vogel zu gestalten, da dieser als Symbol für Freiheit, Integration und Gemeinsamkeit stehe. In Zusammenarbeit mit der Glaswerkstatt Siebenlist in Tönisvorst konnte das Projekt realisiert werden. Gefördert wurde die Aktion durch einen Zuschuss der „Arbeitsgemeinschaft offene Türen NRW e.V.“, so dass 64 Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam Glasvögel gestalten konnten. Geplant sei, diese Vögel in Geschäften zu präsentieren und gegen eine Spende zu verkaufen. Durch den hierdurch erzielten Erlös sollen weitere Aktionen dieser Art gefördert werden. In Planung sei bereits eine Ausstellung von Fluchtbildern, die durch die Flüchtlinge selbst zur Verfügung gestellt würden.

Ratsfrau Pricken möchte wissen, wer die Flüchtlinge für diese Aktion angesprochen hätte.

Herr Barbarino führt aus, dass er 2016 selbst in den Turnhallen gewesen sei, um die Flüchtlinge für dieses Projekt zu begeistern. In diesem Jahr hätten diese Aufgabe die in den Unterkünften tätigen Koordinatoren übernommen. Er könne sich dahin gehend auch vorstellen, einige Vögel vor den Unterkünften zu positionieren.

Ratsfrau Abbing fragt nach dem Preis, der für die Vögel erzielt werden solle.

Herr Barbarino erläutert hierzu, dass die Vögel einen Wert von ca. 50 € hätten und er diesen Preis auch als Spende erzielen möchte. Sicherlich würde er die Vögel nicht für 10 € abgeben wollen; wenn der Preis jedoch nicht zu erzielen sei, müsse man dies überdenken. Erstmals würden die Vögel am Sonntag, den 24.09.2017, im Eröffnungsgottesdienst der interkulturellen Woche vorgestellt werden. Ratsfrau Pricken wünscht Herrn Barbarino viel Erfolg bei seiner Aktion.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach, ob er denn noch weitere Projekte für Flüchtlinge anbiete.

Herr Barbarino erläutert, dass er u.a. Musikworkshops anbiete und versuche, die Jugendlichen über Sport oder Musik zusammen zu führen. Für die Fotoaktion beabsichtige er, direkt in die Unterkünfte zu gehen, um die Flüchtlinge über dieses Projekt zu informieren und sie zur Mitwirkung zu bewegen.

Herr Schwenzer möchte im Folgenden wissen, ob und wie viele der Glasvögel er vorrätig habe.

Hierzu führt Herr Barbarino aus, dass ca. 50 Vögel bereits fertiggestellt seien und in Meerbusch verteilt werden könnten.

Ratsfrau Homuth-Kenkliès schlägt vor, die Vögel auch auf dem Sonnenblumen-Sonntag zu verkaufen. Herr Barbarino nimmt den Vorschlag gerne auf.

Vorsitzender Focken bedankt sich bei Herrn Barbarino für die Vorstellung dieses tollen Projektes und wünscht ihm sehr viel Erfolg bei seiner Aktion.

### **3 Aktueller Sachstand Zuwanderung** **Vorlage: FB2/0189/2017**

Erster Beigeordneter Maatz stellt die Vorlage kurz vor und teilt dem Ausschuss mit, dass die Bezirksregierung Arnsberg weitere Zuweisungen von ca. 50 bis 60 Personen, anerkannte Flüchtlinge mit einer Wohnsitzauflage, angekündigt habe. Voraussichtlicher Termin sei die 44. oder 45. Kalenderwoche, da sei man aber noch in Verhandlungen. Eine Nachfrage bei Nachbarkommunen habe ebenfalls ergeben, dass dort neue Zuweisungen angezeigt worden seien. Einen Einfluss auf die Zusammensetzung (Geschlecht, Herkunftsland etc.) der Zuweisungen habe man laut Bezirksregierung nicht.

Nach Ausführung von Herrn Annacker handele es sich um bereits anerkannte Flüchtlinge, die größtenteils aus den Ländern mit einer Bleibeperspektive, wie z.B. Syrien, Irak, Iran etc., kämen. Sie erhielten Leistungen vom Jobcenter und könnten somit direkt in Wohnraum vermittelt werden. Da freistehende Wohnungen in diesem Umfang in Meerbusch aber nicht vorhanden seien, müssten die Flüchtlinge zur Vermeidung von Obdachlosigkeit vorübergehend in den Übergangwohnheimen untergebracht werden.

Ratsfrau Pricken bittet um die Information, wie viele Personen nach dem Umbau des Malteserhauses auf der Uerdinger Straße untergebracht werden könnten.

Herr Annacker erläutert, dass dort nach Fertigstellung 3 abgeschlossene Wohnungen entstehen würden. Es könne aber auch eine Großfamilie in die unteren beiden Wohnungen (Erdgeschoß und 1. OG) einziehen. Dies würde anhand der Bedarfslage entschieden.

Ratsfrau Pricken möchte im Weiteren wissen, wie es in der Tabelle zu der Verteilung der untergebrachten Flüchtlinge nach Nationalitäten zu 3 Personen mit dem Herkunftsland Deutschland komme. Herr Annacker erklärt hierzu, dass es sich hierbei um einen deutschen Obdachlosen mit Migrationshintergrund und 2 Kinder mit deutschen Vätern handele.

Herr Schwenzer bittet um die Angabe, wie viele Flüchtlinge in den Unterkünften bereits abgelehnt seien. Frau Dreyer gibt die Zahl mit ca. 115 Personen an.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Erläuterung, ob die neuen Zuweisungen mit Wohnsitzauflage für die Unterbringung in den Unterkünften auch Unterkunftskosten zahlen müssten.

In Beantwortung dieser Frage führt Erster Beigeordneter Maatz aus, dass die anerkannten Flüchtlinge Transferleistungen erhielten und diese Leistungen auch Mietzahlungen beinhalten würden. Somit übernehme das Jobcenter auch die für die städt. Unterkünfte anfallenden Benutzungsgebühren bzw. Verbrauchskosten.

Frau Niegeloh fragt nach, ob das eine Gebühr und wie hoch diese derzeit sei.

Die Gebühr ergäbe sich aus der Gebührensatzung der Stadt Meerbusch für städt. Gebäude zur Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen, führt Erster Beigeordneter Maatz in Beantwortung der Frage aus. Die Gebühr betrage derzeit 127,43 €.

Frau Niegeloh wirft die Frage auf, wie sich die Belegung und Betreuungssituation in der Unterkunft am Hülsenbuschweg entwickelt habe. Insgesamt rege sie einen erneuten Bericht der beiden Organisatoren „Meerbusch hilft“ bzw. der „Büdericher Flüchtlingshilfe“ zum Sachstand der Flüchtlingshilfen in Meerbusch an.

Vorsitzender Focken schlägt vor, die beiden Flüchtlingsorganisationen im Rahmen der Haushaltsberatungen in die nächste Sitzung des Sozialausschusses einzuladen. Dieser Vorschlag wird einvernehmlich unterstützt.

Zudem weist der Vorsitzende darauf hin, dass derzeit keine Alphabetisierungskurse in Meerbusch stattfinden würden. Die betroffenen Flüchtlinge müssten nach Neuss fahren, um geeignete Sprachkurse zu besuchen.

Herr Annacker führt dazu aus, dass die Integrationskurse kurzfristig begonnen werden müssten und bei einer zu geringen Teilnehmerzahl ein solcher Kurs in Meerbusch nicht kostendeckend stattfinden könne.

Ratsherr Bertholdt merkt an, dass die weiteren Zuweisungen darauf schließen ließen, dass auch zukünftig mit Zuweisungen zu rechnen sei und man dies bei weiteren Planungen berücksichtigen müsse.

Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die baldige Fertigstellung der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und auf die derzeitige gute Versorgung mit Unterkünften. Insgesamt beurteilt er die Lage als sehr viel ruhiger als im Jahr 2015. Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Politik und der Verwaltung sei eine insgesamt gute Ausgangslage geschaffen worden.

#### **4 Weiterentwicklung der Integration - Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen** **Vorlage: FB2/0190/2017**

Zu Beginn seiner Ausführungen weist Erster Beigeordneter Maatz darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt zwei Aspekte beinhalte: einen aus dem Jugendamtsbereich, den Herr Annacker vortragen werde, und zum anderen einen aus dem Schulverwaltungsbereich, den er übernehmen werde.

Herr Annacker beginnt mit der Vorstellung der Informationsvorlage und hebt hervor, dass das Mütterzentrum und die „Frühen Hilfen in Meerbusch“- FHIM grundsätzlich nicht nur für Flüchtlinge installiert worden, sondern allen Meerbuscher Bürgern zugänglich seien.

In den letzten Monaten seien jedoch vermehrt alleinerziehende Mütter und Schwangere der Stadt Meerbusch zugewiesen worden, die ein höheres Beratungspotenzial aufweisen würden. Die Hebammen/Kinderkrankenschwestern aus den Frühen Hilfen des FB 2 würden diesen Frauen beratend zur Seite stehen und bei den täglichen Problemen unterstützend tätig werden. Herr Annacker führt weiter aus, dass die Stadt grundsätzlich den Bedarf an Kindergärten und Kindertageseinrichtungen abdecken könne, dies aber bei den Flüchtlingen schwieriger sei, da die Zuweisungen nicht planbar wären. Daher habe man für diese Zielgruppe zum Beispiel das Brückenprojekt in der Unterkunft Fröbelstraße mit Unterstützung von „Meerbusch hilft“ durchführen lassen. Darüber hinaus sei nunmehr in der Planung, auch in der Unterkunft am Hülsenbusch ein weiteres Brückenprojekt zu installieren, falls der Landschaftsverband weitere Fördermittel zur Verfügung stellen würde.

Ratsfrau Pricken möchte wissen, wie viele Mitarbeiter/-innen im Bereich FHIM tätig sind.

Herr Annacker erläutert, dass derzeit 3 Teilzeitkräfte den Familien und allein erziehenden Müttern über den Begrüßungsbesuch hinaus weitergehende Hilfen zur Verfügung stellen könnten. 10 Stunden hiervon würden durch das Landesprogramm „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ gefördert. Da in der Fröbelstraße und am Hülsenbuschweg die meisten Familien und alleinerziehende Mütter untergebracht seien, könnten sich die Ressourcen des Babybesuchsdienstes auf diese beiden Standorte konzentrieren. Darüber hinaus würde ein Arbeitskreis, bestehend aus Mitarbeiterinnen des Jugendamtes und des Bereiches Asyl, die Installierung einer Bereitschaftspflege planen, sodass die Kinder nicht in einer pädagogischen Ambulanz untergebracht werden müssten, falls die alleinerziehende Mutter erkrankt.

Ratsfrau Niegeloh möchte im Weiteren wissen, wie die Flüchtlinge zum Mütterzentrum gelangen würden und ob es möglich sei, dass Mitarbeiter/-innen des Mütterzentrums Beratungen in den Unterkünften durchführen könnten?

Herr Annacker erwidert hierzu, dass das Mütterzentrum nicht die Kapazitäten besäße, um Beratungen vor Ort durchführen zu können. Die Flüchtlinge würden bei gezielten Problemen ggf. durch eh-

renamtliche Betreuer zum Mütterzentrum begleitet. Grundsätzlich habe sich diese Problemlage auch erst in letzter Zeit durch die vermehrten Zuweisungen alleinerziehender Mütter ergeben.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Niegeloh erläutert Herr Annacker den letzten Satz der Vorlage („Einer Vormerkung für einen Kindergartenplatz sollte also nichts im Wege stehen.“) dahingehend, dass dies bedeute, dass sehr vielfältige Unterstützungen für eine Vormerkung im Kita-Navigator angeboten würden.

Darüber hinaus möchte Frau Niegeloh wissen, ob die Flüchtlingskinder auch einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besäßen.

In Beantwortung dieser Frage stellt Herr Annacker klar, dass jedes Kind mit einem Aufenthaltstitel auch einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz habe.

Frau Niegeloh wirft die Frage auf, ob auch das Thema der Beschneidung durch den Babybesuchsdienst thematisiert würde.

Dies sei Herrn Annacker nicht bekannt. Er sei jedoch der Meinung, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte dies mit den betroffenen Frauen besprechen sollten. Er werde diesbezüglich Erkundigungen einziehen.

Auch Ratsfrau Pricken hält dies für ein wichtiges Thema, da ihr selbst auch betroffene Frauen bekannt seien.

Ratsherr Bertholdt stellt fest, dass laut Vorlage 19 Kinder aus der Gruppe der 3-5-Jährigen bereits einen Kindergarten besuchen würden und fragt nach, ob es Erfahrungen zur Integrationskraft der Kindergärten gebe.

Herr Annacker führt dazu aus, dass die Kindergärten ein wertvolles Instrument für eine gelingende Integration und damit maßgeblich für eine altersgerechte Entwicklung der Kinder verantwortlich seien.

Erster Beigeordneter Maatz stellt den zweiten Bereich der Vorlage bezüglich der Schulentwicklung vor. Er weist darauf hin, dass sich aus der auf Seite 4 dargestellten Schülerstatistik keine Informationen zu einem Fluchthintergrund ziehen lasse, da es innerhalb der Gruppe der Ausländer keine weitere Aufgliederung bezüglich der Herkunftsländer gebe. Grundsätzlich könne festgestellt werden, dass allen Kindern in Meerbusch ein Schulplatz zur Verfügung gestellt werden könne. Er verwies auf eine kürzlich erschienene Studie der Bertelsmann Stiftung, in der bis zum Jahr 2020/2021 ein starker Anstieg der Schülerzahlen, besonders im Bereich der weiterführenden Schulen, prognostiziert worden sei. In den vorliegenden amtlichen Statistiken würde hingegen diese Tendenz noch nicht erkennbar werden. Diesbezüglich habe er das Schulministerium und die Bezirksregierung um weitere Informationen gebeten, da die Stadt als Schulträger neue Entwicklungen in die weiteren Planungen einbeziehen müsse. Derzeit sei man aber bei allen Schulformen sehr gut aufgestellt und die weitere Entwicklung der Schülerzahlen werde genau beobachtet.

Vorsitzender Focken fragt nach, ob es denn zukünftig dazu kommen könne, dass Grundschüler nicht an ihrem Wohnort beschult werden könnten und ggf. in einen anderen Stadtteil fahren müssten.

Erster Beigeordneter Maatz gibt zu Bedenken, dass die ersten Schüler aus den Seiteneinsteigerklassen nunmehr nach 24 Monaten in die Regelklassen überführt würden und dies Berücksichtigung z.B. bei den Klassengrößen finden müsse. Daraus könne sich in den Schulen wiederum eine weitere Herausforderung ergeben.

Ratsfrau Niegeloh möchte wissen, ob nicht aus den der Stadt bereits vorliegenden Schüler- und Flüchtlingsstatistiken eine neue Prognose für eine Schulplanung entwickelt werden könne.

Erster Beigeordneter Maatz stellt hierzu klar, dass es bisher für Veränderungen in der Schulentwicklungsplanung nicht relevant gewesen sei, in welchem Ortsteil Flüchtlingskinder zur Schule gehen und welche Schulform sie besuchen würden. Es gebe neben der Zuwanderung und dem daraus resultierenden Einfluss auf die Schülerzahlen noch viele andere Aspekte, die zu absehbaren Auswirkungen auf die städtische Schulentwicklung führen würden. Aus Gremien des Jobcenters wisse er, dass auch große Probleme mit Schülern zu erwarten seien, die nach der Regelschulzeit ohne ausreichende

Schulbildung die Schulzeit beenden würden. Man müsse Lösungen finden, wie für diese Zielgruppe eine weitere Qualifizierung angeboten werden könne. Insgesamt würden all diese Herausforderungen zukünftig zu Veränderungen in der Schullandschaft führen; wie und in welcher Form, sei noch nicht absehbar.

Im Weiteren entsteht eine Diskussion über die Gründe und Auswirkungen von steigenden Schülerzahlen. Vorsitzender Focken schlägt vor, diese Diskussion im Fachausschuss weiter zu führen, da sie zu diesem Zeitpunkt nicht zielführend sei. Der Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern unterstützt.

Vorsitzender Focken merkt noch an, dass die Anträge für Maßnahmen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in den Jobcentern sehr lange Bearbeitungszeiten hätten, so dass Maßnahmen bereits vor Vorlage der Genehmigung beendet seien.

Erster Beigeordneter Maatz wird hierzu in den Gremien des Jobcenters nachfragen.

## **5 Die Pflegestärkungsgesetze - Neuregelung in der Hilfe zur Pflege** **Vorlage: FB2/0188/2017**

Vorsitzender Focken verweist auf die Vorlage und befragt die Ausschussmitglieder zur Teilnahme an der diesbezüglich im Kreishaus stattfindenden Fachkonferenz am 12.10.2017. Über die bereits feststehenden Teilnehmer der Verwaltung und den Seniorenbeauftragten Herrn Güllman möchte kein Ausschussmitglied an der Veranstaltung teilnehmen.

## **6 Anträge**

Keine

## **7 Anfragen**

Keine

## **8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Keine

## **9 Termin der nächsten Sitzung: 30. November 2017**

## **10 Verschiedenes**

Ratsherr Bertholdt bittet um Informationen zum Sachstand bezüglich der Kündigungen der angemieteten Unterkünfte.

Erster Beigeordneter Maatz beantwortet die Frage dahingehend, dass die Unterkunft Uerdinger Straße bereits umgebaut würde und anschließend an anerkannte Flüchtlinge vermietet werde, der Neusser Feldweg vertragsgemäß im Sommer 2018 aufgegeben werde und bezüglich der Unterkunft Paul-Jülke-Straße noch Verhandlungen anstehen würden.

Ratsfrau Niegeloh bittet um weitere Informationen zu einem Wohnungsbaugutachten, das im Kreis-ausschuss vorgestellt worden sei und auch Prognosen zu einem großen zukünftigen Wohnungsbe-darf in Meerbusch enthielte.

Herr Annacker erläutert diesbezüglich, dass Herr Kerkmann an diesem Ausschuss beteiligt sei und nur Zahlen aus dem Regionalplan verwendet worden seien, die der Politik bereits bekannt seien.

Vorsitzender Focken spricht im Namen von „Meerbusch hilft“ noch eine Einladung für den heute im JuCa stattfindenden Begegnungsabend aus und verteilt Flyer für einen Orientalischen Abend am 06.10.2017 in JuCa-Halle9.

Zum Abschluss der Sitzung verweist er auf den Flyer der Interkulturellen Woche. Er bittet um rege Teilnahme an den Veranstaltungen, insbesondere an der Auftaktveranstaltung am 24.09.2017 auf dem Fouesnantplatz.

Meerbusch, den 18. Oktober 2017

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Beatrix Dreyer  
Schriftführer/in